



Ausstellung „Erzwungene Wege“ ist eine gute Visitenkarte für ein „Zentrum gegen Vertreibungen“

Jochen-Konrad Fromme zur Eröffnung der Ausstellung der Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“ in Berlin

Die Ausstellung „Erzwungene Wege: Flucht und Vertreibungen im Europa des 20. Jahrhunderts“ ist durch die Art ihrer Darstellung eine ausgezeichnete Visitenkarte für ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ in Berlin. Sie stellt sehr abgewogen und exemplarisch die Vertreibungsschicksale von rund einem Dutzend Volksgruppen und von Vertreibungsereignissen im Europa des 20. Jahrhunderts in ihrem jeweiligen historischen Kontext dar.

Die Ausstellung straft dabei alle voreiligen Kritiker lügen, die seit Jahren versuchen, die Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“ in eine einseitige nationale Ecke zu drängen und die gegen die Errichtung eines „Zentrums gegen Vertreibungen“ in Berlin polemisieren.

Der Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“ ist es gelungen, eine sehr anschauliche Ausstellung zu erstellen, die der von Anfang an von der Stiftung verfolgten Konzeption folgt, die Vertreibungen in Europa aufzuarbeiten. Angefangen mit dem Völkermord an den Armeniern in den 1915/16, über die Vertreibung der Deutschen am Ende des Zweiten Weltkrieges bis hin zu den Vertreibungen im ehemaligen Jugoslawien am Ende des 20. Jahrhunderts werden diese schrecklichen historischen Ereignisse, bei denen Millionen Menschen ihr Leben und noch viel mehr Menschen ihre Heimat verloren haben, beleuchtet.

Die Ausstellung belegt abermals, wie sinnvoll und wichtig die Aufarbeitung der Vertreibungsgeschichten des 20. Jahrhunderts ist. Denn Vertreibungen sind keine längst überwundenen historischen Ereignisse, sondern sich in Geschichte und leider auch in der Gegenwart wiederho-



v.r.n.l.: Jochen-Konrad Fromme, Vorsitzender der Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler der CDU/CSU-Bundestagsfraktion beim Besuch der Ausstellung mit seinem Stellvertreter Stephan Mayer

lende Prozesse, wie man gegenwärtig im Sudan zur Kenntnis nehmen muss. Durch diese gute Ausstellung zeigt sich einmal mehr, dass es richtig war und ist, dass CDU und CSU sich von Anfang an für die Errichtung eines „Zentrums gegen Vertreibungen“ in Berlin eingesetzt haben. Die Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“ beweist mit dieser Ausstellung, dass sie ein vertrauensvoller Partner in diesem Entstehungsprozess ist. Daher kann man der Ausstellung „Erzwungene Wege“ nur zahlreiche Besucher und viel Erfolg wünschen

INHALT

SEITE 2
STIFTUNG „ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN“ BELEUCHTET MIT „ERZWUNGENE WEGE“ VERTREIBUNGEN IN EUROPA
IAV

SEITE 5
WOHNORTEZUWEISUNGSGESETZ FÜR SPÄTAUSSIEDLERINTEGRATION NICHT MEHR NOTWENDIG
Jochen-Konrad Fromme

SEITE 4
BEI AUSWEITUNG DER INTEGRATIONSKURSE FÜR AUSLÄNDER UND AUSSIEDLER ANGEBOTSVIELFALT ERHÖHEN
Jochen-Konrad Fromme

SEITE 7
DEUTSCHLAND BEKENNT SICH ZU SEINER HISTORISCHEN VERANTWORTUNG FÜR DIE DEUTSCHEN AUS RUSSLAND
IAV

Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“ beleuchtet mit „Erzwungene Wege“ Vertreibungen in Europa

Ausstellung ist im Kronprinzenpalais in Berlin vom 10. August bis 29. Oktober 2006 zu sehen

Auf 600 qm Fläche erstreckt sich die Ausstellung „Erzwungene Wege“ im Kronprinzenpalais in Berlin. Von den mehr als 30 Volksgruppen Europas, die im 20. Jahrhundert ihre Heimat gewaltsam verloren, werden 13 exemplarisch dargestellt, die stellvertretend als Beispiel von, und Mahnung gegen, Flucht und Vertreibung stehen sollen.

In einem Raum, der in den Farben Schwarz und Weiß die Europakarte darstellt, werden angefangen vom Schicksal der Armenier am Anfang des 20. Jahrhunderts, über die Vertreibung von Griechen und Türken, Juden, West-Kareliern, Polen, Balten, Ukrainern, Deutschen, Italienern und Zyprioten, auch die Vertreibungen im ehemaligen Jugoslawien am Ende des Jahrhunderts beleuchtet.

Anhand großer, übersichtlicher Bild- und Texttafeln wird nicht nur die historische Gesamtperspektive veranschaulicht, sondern auch viele



Von Medienvertretern dicht umringt am Tag der Eröffnung (v.l.n.r.): Ausstellungsarchitekt Bernd Bess, Erika Steinbach, Vorsitzende der Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“ und Kurator Wilfried Rogasch.

Einzel- und Familienschicksale dargestellt. Zahlreiche Exponate in Vitrinen helfen den Besuchern, sich in die Fluchtgeschichten hineinzuversetzen. Von alltäglichen Dingen wie einem Schlüsselbund, Kinderspielzeug und Büchern bis zu hin zu großen Ausstellungsstücken, wie beispielsweise die Glocke der Wilhelm-Gustloff, sind es diese Exponate, welche die Ausstellung lebendig werden lassen. Hinzu kommen die zahlreichen Multimedia-Stationen, bei denen der Besucher Zeitzeugen erleben kann, die von ihrem persönlichen Schicksal berichten.

Hartmut Koschyk, Parlamentarischer Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe, erklärte anlässlich der Eröffnung der Ausstellung:

„Diejenigen Deutschen, die nach dem Zweiten Weltkrieg das Schicksal von Flucht und Vertreibung erleiden mussten, haben ein Recht auf Erinnerung. Daher ist die heute eröffnete Ausstellung der Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“ als ein Akt der Aufklärung, des Gedenkens und der Mahnung ausdrücklich zu begrüßen.

Zum Gedenken an die Opfer und insbesondere als Mahnung für kommende Generationen muss die Erinnerung an Leid und Schicksal von Millionen deutscher Heimatvertriebenen und Flüchtlinge wach gehalten

werden. Dabei geht es weder um Relativierung, noch um Aufrechnung von Schuld und Leid. Anhand von dreizehn ausgewählten europäischen Beispielen werden Ursache, Wirkung und Folge von Flucht und Vertreibung in hervorragender Weise dokumentiert.

Die teils polemische Kritik im Vorfeld der Ausstellung wird der wissenschaftlichen Konzeption der Ausstellung nicht gerecht. Vielmehr ist die Ausstellung durch die vielfältigen internationalen Kontakte im Vorfeld und ihre umfassende Konzeption selbst ein wichtiger Baustein für



Feierliche Eröffnung der Ausstellung „Erzwungene Wege“ am 10. August 2006 in Berlin mit einem Festvortrag von Bundestagspräsident Dr. Norbert Lammert (Mitte) vor einem voll besetzten Haus.

Verständigung und gute Nachbarschaft.

Gewaltsame Flucht und Vertreibung stellen elementare Menschenrechtsverletzungen dar und müssen als solche geächtet werden. Daneben dürfen diese Geschehnisse nicht aus unserem Geschichtsbewusstsein verdrängt werden. Als Völkerrechtsverletzung des 20.



Die Ausstellung präsentiert zahlreiche beeindruckende Exponate der europäischen Vertreibungsgeschichte, darunter diese Ikone „Grablegung Christi“, von griechischen Zyprioten auf ihrer Flucht 1974 gerettet.

Jahrhunderts wirken sie bis heute fort. Mehr als 30 Völker oder Volksgruppen haben im vergangenen Jahrhundert ihre Heimat verloren. Die Vertreibung und Verschleppung der Deutschen am Ende des von Nazi-Deutschland entfachten Zweiten Weltkrieges gehört ebenso wie die deutsche Teilung zum gemeinsamen Gedenken und Erinnern und damit zur Identität der deutschen Nation. Deshalb wäre es richtig, einen "Nationalen Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung" einzuführen. Die rot-grüne Bundesregierung hat einen entsprechenden



Vertreibungen als Schrecken der Gegenwart: Die Gesellschaft für bedrohte Völker nahm die Ausstellung zum Anlass auf das Schicksal von bis heute 2,5 Millionen Vertriebenen in Darfur (Sudan) hinzuweisen.

Beschluss des Bundesrates vom 11. Juli 2003 seinerzeit kurzfristig abgelehnt. Diese Initiative sollte erneut aufgegriffen werden.“

Wolfgang Börnsen, Vorsitzender der Arbeitsgruppe „Kultur und Medien“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion erklärte zur Ausstellung:

Vertreibung - das bedeutet erzwungenen, oft gewaltsamen Heimatverlust, Entwurzelung, Auflösung der alten und bekannten Lebenswelten.

Im Europa des 20. Jahrhunderts wurde dieses Schicksal Millionen von Menschen aus unterschiedlichen Völkern zuteil.

Die europäische Dimension und die historisch-politischen Hintergründe von Vertreibungspraxis zu zeigen, ist das Ziel der Ausstellung "Erzwungene Wege". Wissenschaftler und Experten bezeichnen die Ausstellung als sachkundig und historisch zutreffend. Anhand von ausgewählten Fallbeispielen werden unterschiedliche Beweggründe und Rahmenbedingungen für Vertreibungen deutlich gemacht. [...]

Das Kernthema der Ausstellung ist das Prinzip ethnischer Homogenisierung, das die europäische Geschichte des 20. Jahrhunderts in unterschiedlichen Ausformungen durchgezogen hat. Das Vertreibungsschicksal der Deutschen nimmt in dieser Konzeption keine Sonderstellung ein. Der von polnischer und tschechischer Seite erhobene Vorwurf des Revanchismus greift in keiner Weise. Bereits 1950 haben die deutschen Heimatvertriebenen in ihrer Charta erklärt, dass sie auf Rache und Vergeltung verzichten, dass sie mit allen Kräften die Schaffung eines geeinten Europas unterstützen, in dem die Menschen furcht- und zwanglos leben können und dass sie unermüdlich am Wiederaufbau Deutschlands und Europas teilnehmen werden. Die erhobenen Vorwürfe gegenüber den Trägern der Ausstellung sind auch vor diesem Hintergrund unfair und unverträglich.

Vielmehr führt die Ausstellung "Erzwungene Wege" das von allen betroffenen Völkern und Individuen durch gewaltsamen Heimatverlust gleichermaßen durchlittene Elend vor Augen. Ebenso deutlich wird, dass Vertreibung ein Ausfluss politischer Willkür ist, die ganz unterschiedlichen Staatsformen entspringt. Nicht nur totalitäre Staaten haben Menschen wie Schachfiguren über ihr Planbrett geschoben. Damit trägt die Ausstellung wesentlich dazu bei, das Thema "Vertreibung" weiter in den Blickpunkt zu rücken. [...]

Polen ist zum Dialog über die Ausstellung „Erzwungene Wege“ herzlich eingeladen

Jochen-Konrad Fromme zur Kritik seitens der polnischen Regierung an der Ausstellung „Erzwungene Wege“

Die Reaktionen, die von offizieller polnischer Seite auf die Ausstellung „Erzwungene Wege“ der Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“ zu beobachten sind, sind irrational, sachlich völlig unbegründet und widersprechen den Geflogenheiten eines partnerschaftlichen Umgangs im gemeinsamen Europa. Seit dem Tag der Ausstellungseröffnung am 10. August 2006 wird aus höchsten Kreisen der polnischen Regierung Stimmung gegen die Ausstellung „Erzwungene Wege“ gemacht und dies ohne die Ausstellung vor den kritischen Reaktionen besucht zu haben. Stattdessen wird offensichtlich massiver Druck auf polnische Leihgeber, seien es Private, Vereine oder öffentliche Stellen ausgeübt, ihre jeweiligen Leihgaben für die Ausstellung zurückzufordern. Das Verhalten polnischer Regierungsvertreter entbehrt dabei jeder sachlichen Grundlage, denn die Ausstellung stellt sehr abgewogen und exemplarisch die Vertreibungsschicksale von rund einem Dutzend Volksgruppen und von Vertreibungsereignissen im Europa des 20. Jahrhunderts in ihrem

jeweiligen historischen Kontext dar.

Dabei wird weder irgendetwas relativiert, es werden keine unzutreffenden Vergleiche zwischen den Vertreibungsschicksalen der Volksgruppen angestellt und schon gar nicht stellt die Ausstellung einen Versuch dar, Geschichte neu- oder umzuschreiben. Dies wurde von vielen Sachkundigen, die die Ausstellung bis heute gesehen haben, bestätigt.

Der polnischen Regierung wird es daher mit ihrer emotionalen, aufgeheizten Kampagne nicht gelingen, die Ausstellung „aus der Welt zu schaffen“. Vielmehr wird durch dieses Verhalten das öffentliche Interesse an der Ausstellung wachsen, und die Auseinandersetzung mit der Ausstellung und dem dort Gezeigten befördern.

Ich lade daher die polnische Seite ganz persönlich, ob Regierungsvertreter oder Parlamentarier, ein, statt einer emotional geführten Debatte aus der Ferne mit mir gemeinsam die Ausstellung zu besuchen und anschließend über das Gesehene zu diskutieren.

Keine Rückschritte im deutsch-polnischen Verhältnis zulassen

Jochen-Konrad Fromme erwidert das Interview von Sejm-Marschall Marek Jurek in der FAZ vom 28.8.2006

In mehreren Stellungnahmen hat sich der polnische Sejm-Marschall (Parlamentspräsident) Marek Jurek, der vor wenigen Tagen zu Gesprächen in Deutschland war, zu den Themen Flucht und Vertreibung geäußert. Die Aussagen stellen einen deutlichen Rückschritt auf dem Gebiet der Aufarbeitung unserer gemeinsamen Geschichte dar.

Seit vielen Jahren sind wir uns im deutsch-polnischen Verhältnis einig darüber, wie es zu nennen ist, wenn Menschen unter Androhung oder Anwendung von Gewalt ihre Heimat verlassen müssen: Vertreibung. Bereits Mitte der 90er Jahre haben wir mit der polnischen Seite große Fortschritte bei der Aufarbeitung dessen erzielt, was vor rund sechs Jahrzehnten am Ende des Zweiten Weltkrieges mit den Deutschen geschehen ist.

Nicht erst seit Amtsübernahme der gegenwärtigen polnischen Regierung, sondern in den letzten zwei Jahren ist ein zunehmendes Abrücken von dem einmal Erreichten festzustellen, obwohl die historischen Fakten vollkommen eindeutig sind.

Hier sind die polnische Regierung und die politisch Verantwortlichen deutlich hinter ihrer Bevölkerung zurück, die sich zunehmend für dieses Kapitel im deutsch-polnischen Verhältnis interessiert und die viel unbe-

fangener mit Begriffen wie Vertreibung und Vertriebene umgehen. Es ist erfreulich festzustellen, wie sehr sich viele Polen für diese Fragen der Geschichte interessieren und die Sprechblasen aus kommunistischer Zeit nicht länger akzeptieren.

Die Äußerungen von Sejm-Marschall Jurek, der den Begriff der Vertreibung nicht akzeptieren will und stattdessen „Umsiedlung“ im Mund führt, stellt vor diesem Hintergrund einen deutlichen Rückschritt hinter lange Erreichtes dar.

Solche Rückschritte dürfen im deutsch-polnischen Verhältnis nicht zugelassen werden. Deshalb ist der Dialog mit der polnischen Seite um so intensiver zu suchen.

Ich hatte daher Herrn Sejm-Marschall Jurek anlässlich seines Besuches in Deutschland zum gemeinsamen Besuch der von ihm kritisierten Ausstellung „Erzwungene Wege“ der Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“ eingeladen, um vor Ort mit mir über das Dargestellte zu diskutieren. Herr Sejm-Marschall Jurek hat dies abgelehnt und mich im Gegenzug seinerseits zu einem Gespräch nach Warschau eingeladen. Um den Dialog in dieser schwierigen Phase nicht abreißen zu lassen, habe ich dieses Gesprächsangebot angenommen.

Außerschulische Nachhilfe in Deutsch für junge Zuwanderer in Bayern wird ausgeweitet

Bayerns Sozialministerin Christa Stewens zu verbesserten Sprachkursangeboten für Migranten in Bayern

„Deutschkenntnisse sind die wichtigste Voraussetzung für den Schulerfolg und die Integration von Zuwanderern in unsere Gesellschaft. Deshalb verstärken wir hier unser Engagement und bauen die außerschulische Hausaufgabenhilfe für ausländische Jugendliche aus.“ Mit diesen Worten stellte Bayerns Sozialministerin Christa Stewens das erweiterte Angebot des Sozialministeriums vor.

Bisher konnten junge Zuwanderer in Sprachlernklassen, Übergangsklassen oder Eingliederungsklassen bis zu vier Stunden wöchentlich außerschulische Hausaufgabenhilfe mit dem Schwerpunkt Deutschförderung erhalten, wenn nach Auffassung der Schule ein Förderbedarf bestand. Stewens: „Nun können auch Schülerinnen und Schüler in Schulen, in denen keine dieser besonderen Förderklassen gebildet werden können, die Unterstützung der außerschulischen Hausaufgabenhilfe erhalten, wenn sie einen erheblichen Bedarf an einer Deutschförderung haben. Damit besteht nun gerade auch in ländlichen Regionen

diese wichtige Fördermöglichkeit.“

„Ohne Deutschkenntnisse gibt es keinen Schulabschluss, ohne Schulabschluss gibt es keine Ausbildung und damit auch keine Integration in unsere Gesellschaft. Wir haben deshalb in Bayern für Zuwanderer ein aufeinander aufbauendes und in sich schlüssiges Gesamtkonzept ‚Integration durch Sprachförderung und begleitende Hilfestellung‘ konzipiert. Die außerschulische Hausaufgabenhilfe ist dabei eine wirksame Ergänzung zu den zahlreichen Maßnahmen der schulischen Förderung von Ausländern und Aussiedlern“, erläuterte die Ministerin. Ein zentraler Punkt des Konzepts liege zudem auf der Sprachförderung im Kindergarten. Nach dem neuen Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz (BayKiBiG) erhalten Kindergärten nun für Migrantenkinder eine um 30 Prozent erhöhte Förderung. Zudem besteht nun die Pflicht zum Besuch der „Vorkurse Deutsch“ bei Sprachdefiziten, damit kein Kind die Grundschule ohne Deutschkenntnisse beginnt.

Wohnortezuweisungsgesetz für Spätaussiedler- integration nicht mehr notwendig

Jochen-Konrad Fromme zum Rückgang der Zahlen beim Zuzug von Spätaussiedlern nach Deutschland

Durch den deutlichen Rückgang beim Zuzug deutscher Spätaussiedler in die Bundesrepublik Deutschland auf rund 10.000 Personen in diesem Jahr ist zu prüfen, ob das Wohnortezuweisungsgesetz mit den damit verbundenen Einschränkungen der Freizügigkeit der zu uns kommenden Spätaussiedler abgeschafft werden kann.

Das Gesetz ist geschaffen worden, als bis zu 400.000 Spätaussiedler jährlich in die Bundesrepublik Deutschland eingereist sind, mit dem Ziel die damit verbundenen Aufgaben der Zuwanderung und Integration gleichmäßig auf Länder und Kommunen zu verteilen.

Insgesamt verbindet sich mit dem Wohnortezuweisungsgesetz eine über 10jährige Erfolgsgeschichte. Durch die Zuweisung des Wohnortes für einen Zeitraum von drei Jahren konnten die Lasten der Integration gleichmäßig auf Länder und Kommunen verteilt und ein erheblicher Beitrag zur Akzeptanz der deutschen Spätaussiedler in der Bevölkerung geleistet werden. Nachdem der Spätaussiedlerzuzug sich aber für das Jahr 2006 auf geschätzte ca. 10.000 Personen verringert hat und

auch mittelfristig damit zu rechnen ist, dass der Spätaussiedlerzuzug nicht mehr das Niveau vergangener Jahre erreichen wird, ist die Notwendigkeit und die Geschäftsgrundlage für ein Wohnortezuweisungsgesetz entfallen.

Das Wohnortezuweisungsgesetz hat den Spätaussiedlern einiges zugemutet und sie in ihrer Freizügigkeit eingeschränkt.



Jochen-Konrad Fromme

Dies war vor dem Hintergrund hoher Zuzugzahlen unumgänglich und ein wichtiger Bestandteil für eine erfolgreiche Integration. Dieses Element ist aber nun entbehrlich geworden.

Bei Ausweitung der Integrationskurse für Ausländer und Spätaussiedler Angebotsvielfalt vergrößern

Jochen-Konrad Fromme fordert ein besseres, differenzierteres Angebot bei den Sprachkursen für Migranten

Schon bei den Verhandlungen zum Zuwanderungsgesetz vor zwei Jahren haben CDU und CSU immer wieder Bedenken geäußert, dass der Umfang der Sprachkurse von 600 Stunden für das Erlernen der deutschen Sprache unzureichend ist. Die jetzt begonnene Diskussion, den Stundenumfang der Sprachkurse auf 900 Stunden zu erhöhen, ist daher sehr zu begrüßen.

Natürlich kostet Integration Geld, das in Zeiten zunehmender Budgetknappheit auch schwer zu mobilisieren ist. Im Integrationsbereich ist zusätzliches Geld aber gut angelegt, denn das Erlernen der deutschen Sprache ist der Schlüssel zu einer erfolgreichen Integration und zahlt sich gesamtgesellschaftlich aus.

Wichtig ist aber, dass nicht allein der Stundenumfang erhöht wird, sondern dass beim Angebot insgesamt wieder eine größere Vielfalt ermöglicht und damit zielgenauer angeboten wird.

So muss darüber nachgedacht werden, die von der damaligen Bundesregierung noch vor Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes beendeten Sprachkursmaßnahmen mit speziellen Programmen wieder anzubieten. Hierzu zählen Sprachkursmaßnahmen mit berufsqualifizierenden Elementen ebenso wie die Sprachkursmaßnahmen, die jugendlichen Spätaussiedlern und Ausländern, die nicht mehr schulpflichtig sind, bis zu einem Alter von 27 Jahren ermöglichen, einen Schulabschluss nachzuholen.

Die Möglichkeit der Nachholung eines Schulabschlusses und das Erlernen der deutschen Sprache liefern eine wesentliche Grundlage zur Eingliederung in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt für die zu uns kommenden Aussiedler und Ausländer. Daher ist davon auszugehen, dass die zusätzlichen Kosten in diesem Bereich der Integrationsarbeit gesamtgesellschaftlich positive Effekte zeitigen werden.

Tag der Heimat 2006 unter dem Motto: Menschenrechte achten – Vertreibungen ächten

Bundespräsident Horst Köhler sprach im Rahmen der zentralen Auftaktveranstaltung in Berlin

Vor rund 2.000 Teilnehmern fand am 2. September in Berlin die Auftakt-Veranstaltung zum diesjährigen Tag der Heimat statt. Die Veranstaltungen des Bundes der Vertriebenen stehen in diesem Jahr unter dem Motto: „Menschenrechte achten – Vertreibungen ächten“. Hauptredner war Bundespräsident Horst Köhler.

In ihrer Eröffnungsansprache gedachte BdV-Präsidentin Erika Steinbach den hunderttausenden Opfern von Flucht und Vertreibung, machte aber auch auf die Verzweiflung und Traumata der Überlebenden aufmerksam. Sie betonte, dass alle Bundeskanzler deutlich gemacht hätten, dass Vertreibungen rechtswidrig seien und dankte in diesem Zusammenhang Bundespräsident Köhler für die Anordnung der Beflaggung der Bundesgebäude. Mit dem Hinweis, dass es „die Aufgabe des Staates und des ganzen deutschen Volkes sei, das leidvolle Erbe der Vertriebenen im kollektiven Gedächtnis Deutschlands zu verankern“, bat sie den Bundespräsidenten, sich für die Schaffung eines nationalen „Gedenktages für die Opfer der Vertreibung“ einzusetzen. Der Bundesrat hatte sich bereits vor zwei Jahren dafür ausgesprochen.

Erika Steinbach ging auch auf die Arbeit der Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“ ein, die den „nachdrücklichen Anstoß gegeben habe und ohne die es keine Selbstverpflichtung der jetzigen Bundesregierung gegeben hätte, in Berlin ein sichtbares Zeichen zu Erinnerung an Flucht und Vertreibung zu setzen“. Sie betonte, dass die Umsetzung nicht über die Köpfe der Betroffenen hinweg, sondern nur mit diesen gemeinsam erfolgen könne und, „dass die Umsetzung unter intensiver Beteiligung



Bundespräsident Prof. Dr. Horst Köhler hielt am Tag der Heimat seinen im In- und Ausland viel beachteten Festvortrag. Von der polnischen Regierung wurde er dafür scharf angegriffen.

der Vertriebenen erfolgt“.

In seinem Festvortrag stellte der Bundespräsident die Vertreibung der Deutschen in den gesamthistorischen Kontext der Zeit des Endes des Zweiten Weltkrieges: „Am Ende schlug die von den Deutschen ausgegangene Gewalt grausam auf sie zurück,“ erläuterte Bundespräsident Köhler den Zusammenhang zwischen den Verbrechen des nationalso-

zialistischen Regimes als Auslöser für Flucht und Vertreibung. In seiner Rede machte er deutlich, dass von den etwa 15 Millionen Vertriebenen, 2 Millionen Menschen den Marsch nach Westen nicht überlebten und die Mehrheit noch heute unter traumatischen Störungen leidet.

Umso mehr sei er stolz, dass die Vertriebenen ihr Versprechen auf Racheverzicht, Hilfe bei der Schaffung eines geeinten Europas und beim Wiederaufbau Deutschlands, welches sie in der Charta der Heimatvertriebenen 1950 gegeben hatten, gehalten haben. Besonders beim „deutschen Wiederaufbau und Wiederaufstieg erwiesen sich die Neubürger schon bald nicht als sozialer Sprengstoff, sondern als eine entscheidende Kraft.“ Nicht nur der Lastenausgleich in Westdeutschland, „eine gesamtgesellschaftliche Anstrengung von historischer Dimension“, sorgte für eine gelungene Integration der Vertriebenen. Einheimische und Vertriebene fanden trotz konfessioneller, gesellschaft-



Rund 2.000 Teilnehmer verfolgten am 2. September die diesjährige Auftaktveranstaltung zum Tag der Heimat im Internationalen Kongresszentrum (ICC) in Berlin

licher und sozialer Unterschiede zueinander. Darum sei es gut, „dass sich immer mehr Menschen mit diesem Thema beschäftigen“ und „Enkel und Urenkel sich für die weißen Flecken ihrer Familiengeschichte interessieren“.

Gerade weil die „Menschen, denen unermessliches Leid widerfahren ist, Anspruch auf unser Mitgefühl und unsere Solidarität haben“, müssen wir darüber sprechen. Eingebettet in einen europäischen Dialog „müssen wir das Gespräch mit unseren polnischen, tschechischen, slowakischen und ungarischen Nachbarn und Freunden suchen, weil zu einer gemeinsamen guten Zukunft auch gehöre, dass wir aufrichtig und auf Versöhnung bedacht mit unserer Vergangenheit umgehen“.

Köhler zeigte sich deshalb überzeugt, dass „diesem Anspruch auch das sichtbare Zeichen genügen wird, das die Bundesregierung in Berlin setzen will, um an das Unrecht von Vertreibungen zu erinnern und sie als Mittel der Politik zu ächten“. „Es sei Aufgabe der ganzen Völkergemeinschaft, dieser Erkenntnis überall auf der Welt zum Durchbruch zu verhelfen.“

Deutschland bekennt sich zur historischen Verantwortung für die Deutschen aus Russland

Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble spricht auf zentraler Gedenkveranstaltung in Bad Cannstatt

Mit dem Deportationsbefehl Stalins vom 26. August 1941 begann vor 65 Jahren die offiziell „legalisierte“ Verfolgung, nicht nur der Wolgadeutschen, sondern aller Russlanddeutschen, die, seit Ausbruch des Krieges mit Deutschland, unter Generalverdacht der Kollaboration gefallen waren. Innerhalb von nur 3 Monaten wurden fast 900.000 Menschen ihrer Heimat beraubt und nach Sibirien oder Mittelasien vertrieben.

Die Deportierten mussten hart arbeiten, erfroren, verhungerten und sahen ihre Freunde und Familienangehörigen sterben. Selbst nach Ende des Zweiten Weltkrieges hörten zwar die Repressionen, jedoch nicht die Diskriminierungen auf. Bis heute gibt es faktisch keine Rehabilitierung. In einer Gedenkveranstaltung in Bad Cannstatt erinnerte die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland der Ereignisse.

Heribert Rech, Innenminister von Baden-Württemberg, betonte, dass mit Bad Cannstatt für die Gedenkfeier ein „Ort von hoher Symbolkraft gewählt wurde“, an dem am 5. August 1950 die Charta der deutschen Heimatvertriebenen feierlich verkündet wurde. Bereits 5 Jahre nach dem Kriegsende verzichteten die Heimatvertriebenen darin auf Rache und Vergeltung und gaben das Versprechen am Aufbau eines geeinten, und friedvollen Europas mitzuwirken.

In Bezug auf die Übernahme der Patenschaft des Landes Baden-Württemberg über die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland im Jahre 1979, sagte der Landesinnenminister: „Ich nehme die heutige Gedenkfeier gerne zum Anlass, den Patenschaftsgedanken aufs Neue zu bekräftigen und die enge Verbundenheit des Landes mit den Deutschen aus Russland zu betonen.“

Besonderes Anliegen des Landesministers war es, für Verständnis und Solidarität in der Gesellschaft gegenüber Spätaussiedlern zu werben. Die historische Verpflichtung und Verantwortung Baden-Württembergs für die Russlanddeutschen drückte er mit folgenden Worten aus: „Die Eingliederung von Spätaussiedlern und ihren Familienangehörigen hat für die Landesregierung unverändert hohe Priorität und ist eine wichtige gesamtgesellschaftliche Aufgabe.“ Deshalb sei es notwendig, „mit Gedenkveranstaltungen wie dieser, denen, die überlebt haben zu zeigen, dass ihr Leid nicht vergessen ist“.

In seinem Festvortrag wies Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble auf das extreme Ausmaß der Stalinistischen Dekrete 1941 hin, die infolge des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion erlassen wurden. „Plötzlich wurden aus willkommenen Arbeitskräften und geachteten Leistungsträgern Staatsfeinde, die allein ihre Abstammung und ihre Sprache zu Feinden machten.“

Weil Verständnis immer auch Geschichtskennntnis voraussetzt, ist es „so wichtig an die Ereignisse während und nach dem Zweiten Weltkrieg, an die Entrechtung und Verfolgung der Russlanddeutschen unter Stalin zu

erinnern“. „Die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland leistet dazu einen besonderen und wertvollen Beitrag.“

Die „Bundesrepublik Deutschland hat sich immer zu der Verantwortung für die Menschen bekannt, die als Deutsche in der Sowjetunion unter den Folgen des Zweiten Weltkrieges zu leiden hatten“. Bundesminister Schäuble versprach: „Ich werde mich auch weiterhin dafür einsetzen, dass die gesetzliche Rehabilitierung der Russlanddeutschen –wie sie geplant ist – auch zustande kommt.“ Das Engagement sei nicht gegen Russland gerichtet und habe nicht zum Ziel, dass alle Russlanddeutschen Russland verlassen, sondern soll ermöglichen, dass „alle so leben können, wie und wo sie wollen“.

Zum einen gehe es in der Aussiedlerpolitik der Bundesregierung um



Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble bei seiner Rede am 27. August in Bad Cannstatt

Integration und zum anderen um Bleibehilfen. „Im Mittelpunkt stehen gemeinschaftsfördernde Maßnahmen der Begegnungsstätten- und Jugendarbeit sowie die Sprachförderung, Berufsqualifizierung und soziale Unterstützung“. Die rückläufige Zahl derer, die in die Heimat ihrer Vorfahren zurückkehren, erklärt der Bundesinnenminister mit den verbesserten Rahmenbedingungen in Russland und dass „vermutlich der Großteil derjenigen, die zur Ausreise entschlossen waren, inzwischen eben hier ist“.

Die Änderungen im Zuwanderungsgesetz seien nicht dafür verantwortlich und Herr Schäuble betonte nochmals, „dass an der grundlegenden Aufnahmebereitschaft Deutschlands gegenüber den Aussiedlern auch in Zukunft kein ernsthafter Zweifel bestehen kann“.

Insgesamt seien die anstehenden Neuregelungen nicht auf die Begrenzung des Zuzugs gerichtet. Wolfgang Schäuble versicherte, „die Kultur der Russlanddeutschen gehört zum kulturellen Erbe unserer Nation und ist auch in Zukunft für uns alle wichtig und muss erhalten werden.“



Helmut Sauer zum Tod von Dr. Herbert Hupka

Mit Herbert Hupka verlieren wir einen aufrechten Anwalt der Vertriebenen. Die wechselvolle Geschichte bekam Herbert Hupka zu spüren. Nach den schmerzlichen Erfahrungen mit der nationalsozialistischen Diktatur, den Schrecken des Zweiten Weltkrieges und den grausamen Vertreibungen der Deutschen am Ende und nach dem Zweiten Weltkrieg wurde er nicht nur zu einem fundierten Kommentator der Geschehnisse, sondern ebenso zu einem leidenschaftlichen Verfechter von Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Das Recht des Deutschen Volkes auf Selbstbestimmung, die Geltung unveräußerlicher Menschenrechte sowie das Recht auf die angestammte Heimat waren für ihn Kardinalfragen der Politik. [...] Sein Name war im Ausland weithin bekannt als Anwalt der Vertriebenen, insbesondere der Schlesier sowie als gewissenhafter Mahner der geschichtlichen Wahrheit und als Verteidiger der Menschen-, Minderheiten- und volksgruppenrechte. Dabei war er stets auf Ausgleich und Verständigung bedacht.

Fromme: Unruhiges Gewissen und Versöhner zu Polen

Unermüdet hat sich Herbert Hupka über Jahrzehnte seines 91jährigen Lebens für die geschichtliche Wahrheit und die Rechte der deutschen Heimatvertriebenen eingesetzt. Er war Mahner gegen das Vergessen, unruhiges Gewissen gegenüber denjenigen, die verdrängen wollten und aufrichtiger Aussöhner im Verhältnis zu unseren europäischen Nachbarn, vor allem zu Polen. Kaum ein Name steht mit der Nachkriegsgeschichte, bezogen auf die Vertreibung der Deutschen, und



mit seiner Heimat Schlesien so eng verbunden, wie der Name Herbert Hupka. Ob in seiner Arbeit im „Kuratorium unteilbares Deutschland“, ob als Mitbegründer und späteren Bundesvorsitzender der Landsmannschaft Schlesien über 32 Jahre, ob als Vizepräsident des Bundes der Vertriebenen und als langjähriger Bundestagsabgeordneter (1969 – 1987). Sein Wirken galt immer dem Wohl der deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge und seiner Heimat Schlesien. Bei seiner Arbeit hat er unendlich viel bewegt, für die deutschen Heimatvertriebenen, für die Bewahrung und Pflege des historischen deutschen Erbes und für die deutsche Minderheit in der Heimat Schlesien. Viel bewegt hat er auch für eine Verständigung und dauerhafte Aussöhnung mit Deutschlands östlichen Nachbarn, besonders mit Polen. Seit der Wende in Europa fand das Bemühen von Herbert Hupka um Aussöhnung auf Basis von Wahrhaftigkeit auch in der alten Heimat viel Anerkennung. So hat ihm seine Heimatstadt Ratibor (Oberschlesien) den Ehrentitel eines verdienten Bürgers verliehen. Die Heimatvertriebenen und Flüchtlinge besonders, aber auch Deutschland insgesamt und unsere europäischen Nachbarn sind Herbert Hupka für sein Wirken zu dauerhaftem Dank und Anerkennung verpflichtet.

SEITE 8

Hartmut Koschyk zum Tod von Dr. Herbert Hupka

Mit dem Tod von Dr. Herbert Hupka verlieren die deutschen Heimatvertriebenen, aber auch die Union eine Persönlichkeit, die jahrzehntelang die Ost- und Deutschlandpolitik entscheidend mitgeprägt und seit dem Fall von Mauer und Stacheldraht in Deutschland und Europa der Verständigung mit Polen in hervorragender Weise gedient hat. Herbert Hupka hat sich um das kulturelle und geschichtliche Erbe der deutschen Heimatvertriebenen, um das Gedenken an die Opfer von Flucht und Vertreibung, um die offene deutsche Frage sowie um Verständigung und gute Nachbarschaft mit unseren östlichen Nachbarn verdient gemacht. Er war ein heimatverbundener Schlesier, deutscher Patriot und begeisterter Europäer.[...] Wie kein anderer Politiker aus den Reihen der Vertriebenen hat er die Chancen nach dem Fall von Mauer und Stacheldraht genutzt, um den Weg der Verständigung mit Polen zu suchen.

IMPRESSUM

Herausgeber:	Dr. Norbert Röttgen MdB Hartmut Koschyk MdB Parlamentarische Geschäftsführer Jochen-Konrad Fromme MdB
Redaktion:	Thomas Helm (verantwortlich) Verena Herkenhoff
Sekretariat: Kontakt:	Ines Roehm Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler
Anschrift:	Platz der Republik 1 11011 Berlin Telefon (0 30) 2 27-55364 Telefax (0 30) 2 27-56154